



Ich schließe mich den Forderungen der Volksanwaltschaft nach strengen Kontrollen und Richtlinien in der Pflege vollinhaltlich an. Gleichzeitig braucht es aber auch ein ehrliches Bekenntnis zur „Selbstständigen Personenbetreuung“ (auch von privaten Anbietern) seitens der Politik. Denn man kann nicht alle Pflegebedürftigen in ein Heim stecken. Dies wäre auch gar nicht finanzierbar.

Leider hat sich in den letzten Jahren im Bereich der „Selbstständigen Personenbetreuung“ manches negativ entwickelt. Diese tragende Säule im gesamten Pflegebereich darf nicht mutwillig zum Einsturz gebracht werden. Auch soll die Pflege insgesamt nicht zum politischen Spielball gemacht werden.

Es braucht eine breite Vielfalt unterschiedlicher Angebote im Bereich der Pflege, und diese sollten in keiner Konkurrenz zu einander stehen. **Nur ein „Miteinander“ schafft auch Lösungen.**

Für eventuelle Ungereimtheiten gibt es die Interessenvertretung der „Selbstständigen Personenbetreuung“ der WKO. Andererseits kann jede Betreuungskraft in der unselbständigen Personenbetreuung sich an jede Bezirkshauptmannschaft oder an jedes zuständige Magistratsamt für Soziales wenden. Ebenso: Falls bei Vermittlungsagenturen oder auftraggebenden Familien etwas nicht in Ordnung oder zu verbessern sei. Qualitätskontrolle ist enorm wichtig.

Der Schlüssel zu einer freien und selbstbestimmten Entscheidung zwischen Pflege zu Hause oder in einem Heim; Zu einer Pflege in höchster Qualität: Ist die gesicherte und individuell gerechte Finanzierung. Vorallem über das PFLEGEGELD.

Genau aus diesen Gründen möchte ich nun einige Überlegungen bzw. Vorschläge öffentlich machen, und damit zur politischen Diskussion stellen. Denn ...

Die Pflege müsste gar kein Pflegefall sein, wenn ...

WENN 1. Das Pflegegeld um +30%, als Ausgleich zum real entstandenen Wertverlust seit dessen Einführung 1993, erhöht würde.

+ Jährlicher Valorisierung. + Als einkommensunabhängige Geldleistung in die Bundesverfassung.

Und / Oder

WENN 2. Jede betroffene Person in 24h Betreuung zu Hause oder in einer stationären Einrichtung automatisch die Pflegegeld-Stufe 7 zuerkannt bekäme.

Und / Oder

WENN 3. Ein absolutes NEIN zum STREICHEN der erhöhten Familienbeihilfe im Bereich der selbstständigen Personenbetreuung kommt.

Gegen eine Streichung würde ich auch klagen. Wenn nötig bis zum europäischen Gerichtshof.

Darüber hinaus 4. Eine **Verdoppelung der staatlichen Förderung** für selbstständige und unselbstständige Personenbetreuung, wie das auch schon von der WKO, Fachverband der Landesgruppe Wien gefordert wurde. = Aufwertung und bessere Entlohnung.

Darüber hinaus 5. Den **Steuerfreibetrag** von selbstständigen PersonenbetreuerInnen von derzeit jährlich € 11.000,- adäquat **anheben!**

Ich persönlich bin nun schon über zehn Jahre im Bereich der Pflege und Betreuung tätig. 2007 und 2008 startete ich mit einem Pflegevolksbegehren. Zehn Jahre danach muss ich leider feststellen, dass der "lästige" Pflegebereich noch immer nicht angepackt wurde. Die Politik schwindelt sich geschickt von einer Legislaturperiode zur nächsten am Thema Pflege vorbei. Interessen und Bedürfnisse unserer pflegebedürftigen Menschen stehen leider immer am Ende der Agendalisten.

Wichtig für mich: Harmonie und wirkliche Fairness zwischen betreuungsbedürftigen Menschen und den Pflegekräften! Dafür braucht es ganz einfach bessere gesetzliche Rahmenbedingungen!

Die „Selbstständige Personenbetreuung“ ist zur Zeit die bessere, weil nicht zuletzt kostengünstigere Variante dieser beiden Modelle. (Selbstständige Betreuung aktiv 97% / unselbstständige Betreuung aktiv 3%).

(Laut einer WIFO-Studie ist die „Selbstständige Personenbetreuung“ auch **4,2 mal kostengünstiger**).*

Ein anschaulicher Pflegekosten-Vergleich in Beispielen:

24h Betreuung zu Hause gegenüber einer stationären Pflege:

Dieser Pflegekosten-Vergleich muss endlich politisch erkannt, angegangen und in Folge auch umgesetzt werden. 10 Jahre daheim + maximal 2 Jahre stationär.

(Stationäre Pflege IST wichtig, aber nur wenn es für Betroffene anders nicht mehr möglich ist ...)

1 Person in 24 Stunden Betreuung zu Hause

1 Monat	€	2.000,-
1 Jahr	€	24.000,-
10 Jahre	€	240.000,-
12 Jahre	€	288.000,-

1 Person in stationärer Betreuung

1 Monat	€	3.500,-
1 Jahr	€	42.000,-
10 Jahre	€	420.000,-
12 Jahre	€	504.000,-

Ersparnis bei REINER 24h-Betreuung zu Hause einer Person in 12 Jahren: € - 216.000,-

Betroffene wollen so lange wie nur möglich zu Hause in vertrauter Umgebung versorgt sein. Erst wenn dies aus medizinischen Gründen / familiärer Belastung nicht mehr möglich sei ...

1 Person 10 Jahre 24h Betreuung zu Hause PLUS Beispiel 2 Jahre Versorgung stationär:

10 Jahre 24h zu Hause betreut	€	240.000,-	+ 2J. stationär	€	+ 84.000,-
-------------------------------	---	-----------	-----------------	---	------------

Ersparnis bei 1 Person im Modell 10 + 2 Jahre € - 180.000,-

Rechnet man dieses Beispiel auf 100.000 zu pflegenden Personen weiter, ergeben sich folgende Vergleichs-Zahlen:

100.000 Personen 10 Jahre 24h Betreuung zu Hause PLUS Beispiel 2 Jahre Versorgung stationär:

10 Jahre 24h zu Hause betreut	€	24.000.000.000,-	+ 2J. st.	€	+ 8.400.000.000,-
-------------------------------	---	------------------	-----------	---	-------------------

Ersparnis bei 100.000 Personen im Modell 10 + 2 Jahre € - 18.000.000.000,-

Unser aller Ziel sollte sein:

So lange wie möglich zu Hause betreuen!

Daraus ergäbe sich ein Einsparungspotential von:

jährlich gespart

- 1,5

Milliarden Euro

Wenn diese Zahlen nicht überzeugen, was dann?

Genau das müssen wir politisch erreichen. Und nichts Anderes.

Diese Ersparnisse gilt es dann in das PFLEGEGELD zu REINVESTIEREN.

Dieser Weg muss politisch eingeschlagen werden. Dabei würden ALLE nur PROFITIEREN!